

Zusammenleben in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf



Stadtteilfest in einem Berliner Kiez. Foto: Wolf-Christian Strauss, Berlin.

Zusammenleben bedeutet in vielen Stadtteilen in räumlicher Hinsicht, dass Menschen aus unterschiedlichen sozialen und ethnischen Bevölkerungsgruppen im selben Stadtteil, derselben Straße, demselben Haus wohnen oder arbeiten; in sozialer Hinsicht umfasst es ein Miteinander, Nebeneinander oder auch Gegeneinander der verschiedenen Bewohnergruppen. Von einem Miteinander kann gesprochen werden, wenn vielfältige Kontakte zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern aus unterschiedlichen Gruppen entstehen, Gruppen im Stadtteil konstruktiv interagieren oder Aktivitäten über Gruppengrenzen hinweg gemeinsam durchgeführt werden. Ein Nebeneinander liegt vor, wenn Menschen nur in der jeweils eigenen Gruppe miteinander agieren oder sich gegen andere Gruppen und deren Aktivitäten abgrenzen. Ein Gegeneinander bedeutet negatives Auseinandersetzen mit anderen Bevölkerungsgruppen, soziale Distanz und Vorurteile bis hin zur Diskriminierung. In der Regel sind im Stadtteil alle drei Formen des Zusammenlebens anzutreffen: Es gibt

gemeinsame Netzwerke ebenso wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, die unverbunden nebeneinander leben oder gegeneinander rivalisieren. Die Grenzen zwischen den Formen des Zusammenlebens sind dabei fließend. Sobald Konflikte bearbeitet werden und eine konstruktive Auseinandersetzung mit ihnen stattfindet, entstehen Interaktionen, die von einem Gegeneinander zu einem Miteinander führen können.

Entstehung sozialer und räumlicher Polarisierung und Segregation

Wirtschaftlicher Umbruch und in dessen Folge anhaltende Arbeitslosigkeit, ein Auseinanderdriften von hohem und niedrigem Einkommen sowie die wachsende Zahl von Personen, die Transferleistungen beziehen, haben – mit bedingt durch Suburbanisierung, den Rückgang des sozialen Wohnungsbaus und der Belegungsbindungen – in den letzten Jahrzehnten zu einer sozialen und räumlichen Polarisierung und Segregation in den Städten geführt. Durch Abwanderung sozial mobiler deutscher Mittelschichtgruppen mit deren Kaufkraftpotenzia-

len in andere, attraktivere Stadtteile oder in das Umland sowie – auch als Folge der Belegungspolitik – durch Zuzug einkommensschwacher und ausländischer Bevölkerungsgruppen, die aufgrund von Gruppenmerkmalen geringere Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben, sind benachteiligte Stadtteile entstanden. Vor allem in nicht modernisierten Altbaugebieten der Innenstädte, in Neubaugroßsiedlungen am Stadtrand und an Standorten mit besonderen Umweltbelastungen haben sich benachteiligte Quartiere gebildet, die ihrerseits benachteiligende Wirkungen entfalten, bedingt durch die Überlagerung von sozialer Ungleichheit, ethnischer Differenz und räumlicher Verinselung.

Ein wesentlicher Grund für den Fortzug von Familien ist die Sorge um die Bildungszukunft ihrer Kinder, ausgelöst durch den hohen Anteil von ausländischen und sozial schwachen Kindern in Kindergärten und vor allem in Schulen. Insgesamt sind die Stadtteile – nicht zuletzt aufgrund ihres schlechten Images – durch hohe Fluktuation geprägt. Hier konzentrieren sich Haushalte, deren Lage sozial und ökonomisch angespannt ist (Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit, geringer Verdienst), sowie Ausländer- und Aussiedlerhaushalte. Häufig weisen die Quartiere einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen auf.

Die Fallzahlen hinsichtlich Kleinkriminalität, Drogenhandel und Drogenkonsum übersteigen in der Regel den städtischen Durchschnitt. Die Wohnbedingungen in diesen Stadtteilen sind durch vergleichsweise schlechte Bau- und Wohnsubstanz sowie durch Vernachlässigung in puncto Instandsetzungen bei zum Teil überhöhten Mieten gekennzeichnet.

Schlechte Wohnumfeld- und Freizeitqualität sowie unzureichende soziale Infrastrukturen gehören ebenfalls zu den Merkmalen dieser Quartiere. Festzustellen sind hier auch sinkende Kaufkraft und geringe Investitionstätigkeit infolge der räumlichen Konzentration von Armutsbevölkerung.

Folgen für das Zusammenleben in den benachteiligten Stadtteilen

Mit Segregation sind sowohl Potenziale als auch Probleme für das Zusammenleben im Stadtteil verbunden. Einerseits können gerade Menschen aus Randgruppen, wenn sie in Quartieren zusammenwohnen, eher eine eigene Identität entwickeln, sie haben die Möglichkeit, sich stärker an ihrer sozialen, kulturellen und ethnischen Zugehörigkeit zu orientieren (kollektive Identität). Für viele ist dies die Voraussetzung dafür, gleichberechtigt und selbstbewusst in den Dialog mit anderen treten zu können. Auch informelle Hilfenetze bilden sich leichter auf der Grundlage sozialer Homogenität. Die räumliche Nähe von Menschen in vergleichbarer Lebenssituation und damit häufig gleicher Interessenlage fördert ihre Organisationsfähigkeit. Die Konzentration von ethnischen Gruppen erleichtert den Aufbau einer auf deren spezielle Bedürfnisse zugeschnittenen Infrastruktur. Insbesondere Migrantengruppen verfügen – über den Familienzusammenhalt hinaus – über Selbsthilfenetze und vergleichsweise gute ökonomische Potenziale. Sie stabilisieren mit kleinen Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben die Versorgungsbedingungen im Stadtteil und schaffen Arbeitsplätze, zumindest in ihren Ethnien. Die kulturelle und soziale Infrastruktur der Migrantengruppen sowie die ethnische Ökonomie unterstützen nicht nur diese Bevölkerungsgruppen in ihrem Alltagsleben, häufig sind sie auch für die übrige Bevölkerung attraktiv; gleichzeitig bieten sie Orte und Anlässe für die Kommunikation zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Andererseits verringert die Abwanderung von Familien und qualifizierten Erwerbstätigen die soziale Stabilität im Stadtteil. Die Ausgrenzung vieler Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner vom Arbeitsmarkt schwächt familiäre, nachbarschaftliche und sonstige soziale Bezüge, führt zu Apathie und Isolation. Vielfach entwickelt sich in den Stadtteilen ein Milieu, das die Artikulationsfähigkeit und das Selbstvertrauen der Bewohnerinnen und Bewohner negativ beeinflusst, Sprachlosigkeit und Konflikte fördert. Gelegenheiten zu Begegnung und Interaktion im Stadtteil nehmen ab. In der Folge entstehen und verfestigen sich Vorurteile und gegenseitige Ablehnung. Dies gilt insbesondere in Stadtteilen mit einem hohen Ausländer- bzw. Aussiedleranteil. Zu beobachten ist in der Regel ein Nebeneinanderleben von Deutschen und Migranten sowie die getrennte Nutzung von Treffpunkten. Die nachbarschaftlichen Kontakte zwischen Migranten und Deutschen sind – wie zahlreiche Untersuchungen zeigen – meist nur sehr unverbindlich, man grüßt sich, wenn man sich begegnet, in seltenen Fällen wird zusammen Tee oder Kaffee getrunken.

Häufig wird das Zusammenleben von deutscher und ausländischer Quartiersbevölkerung durch starke Konkurrenz um Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor allem im Bereich gering qualifizierter Beschäftigung erschwert. Außerdem führen soziale Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt und sozialer Neid im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch „Ausländer“, „Asylbewerber“ und „Aussiedler“ bei vielen deutschen Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern zu Verunsicherung und Ablehnung. Zum Teil werden „Ausländer“ für ökonomische und soziale Krisen verantwortlich gemacht. Hinzu kommt die Infragestellung eigener Werte, Normen, bisheriger Gewohnheiten und Lebensweisen durch das Vorhandensein von „Frem-

den“ und damit eine Verunsicherung der eigenen Person, zumal wenn die eigene Lebenssituation als negativ empfunden und eingestuft wird. In einer Art „Schutzmechanismus“ wird oft das „Fremde“ als nicht anerkennenswert, als minderwertig abqualifiziert und damit eine „Selbstaufwertung“ vorgenommen. Die so entstandenen Vorurteile sind Ausdruck der Konkurrenz um wirtschaftliche und politische Macht sowie um knappe Güter und können zu Konflikten im alltäglichen Umgang führen.

Auch das Zusammenleben der unterschiedlichen ausländischen Ethnien in den Stadtteilen ist in der Regel von einem eher beziehungslosen Nebeneinander der Kulturen geprägt. Nicht selten treten zudem Spannungen zwischen einzelnen ethnischen Gruppen auf. Folgen von Ausgrenzungserfahrungen können die Bildung ethnisch homogener Cliquen, gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen diesen, abweichendes Verhalten bis hin zu Kriminalität und Sucht sein.

Probleme beim Zusammenleben im Stadtteil können auch entstehen, wenn bestimmte Orte des Wohnumfelds wie beispielsweise Spielplätze, Parkplätze, Hausein- und -aufgänge verstärkt durch Drogenabhängige und Alkoholranke genutzt werden und sich die übrige Bevölkerung hierdurch in ihren Nutzungsinteressen beeinträchtigt fühlt.

Konflikte: Definition, Typisierung und Ursachen

Die Konflikte zwischen den im Stadtteil lebenden unterschiedlichen sozialen und ethnischen Gruppen und ihre Ursachen können im Einzelnen je nach der spezifischen Situation vor Ort erheblich variieren. Während beispielsweise in dem einen Stadtteil eher Konflikte zwischen rivalisierenden Jugendgruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft oder unterschiedlicher politischer Ausrichtung im Vordergrund stehen, bilden in dem

anderen Konflikte zwischen Alt und Jung oder Deutschen und Migranten den Schwerpunkt. Die Konflikte im Zusammenleben und ihre Ursachen müssen daher aus dem einzelnen Stadtteil heraus ermittelt werden. Gleichwohl lassen sich einige generelle Aussagen im Hinblick auf Definition, Typisierung und Ursachen von Konflikten treffen, die für die stadtteilbezogene Ermittlung von Konflikten im Zusammenleben und die Ergründung ihrer Ursachen hilfreich sein können.

Mit dem Begriff „Konflikt“ werden in den Sozialwissenschaften spezielle Formen sozialer Beziehungen bezeichnet, nämlich Gegensätzlichkeiten, Spannungen, Gegnerschaften, Auseinandersetzungen, Streitigkeiten und Kämpfe unterschiedlicher Intensität zwischen verschiedenen sozialen Einheiten. Konflikte enthalten strukturelle und kulturelle Dimensionen, betreffen unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche und unterschiedliche Generationen. Auf der überindividuellen Ebene können Konflikte innerhalb und zwischen sozialen Rollen, Gruppen, Organisationen und Gesellschaften auftreten.

Als Hauptursachen für die Entstehung von Konflikten werden genannt:

- Ungleichgewichte und Spannungsverhältnisse in der Gesellschaft,
- ungelöste soziale und politische Probleme,
- unterschiedliche Interessen, Wertvorstellungen und Ideologien,
- soziale Ungleichheiten und Machtverhältnisse sowie
- kontroverse Lösungsstrategien.

Hinsichtlich der Motive und Gegenstände von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird von Interessenkonflikten und ethnisch-kulturellen Konflikten gesprochen. Interessenkonflikte beziehen sich auf Auseinandersetzungen, die sich auf die ungleiche Verteilung von Gütern, Status-

lagen, Machtpositionen, Einkommen und Besitz, aber auch unterschiedliche Wertvorstellungen zurückführen lassen. Ethnisch-kulturelle Konflikte betreffen Bereiche wie Religion, Sprache, Ideologie und Identität; sie gelten als schwieriger zu bewältigen, da sie stärker qualitative Fragen umfassen. Die Grenzen zwischen den beiden Konflikttypen sind allerdings fließend.

Die häufig in Stadtteilen zu beobachtenden Generationskonflikte beispielsweise stellen eher den Typ eines Interessenkonflikts dar, der im Wesentlichen auf unterschiedliche Werte und Normen und hierauf aufbauende differierende Verhaltensweisen sowie Gefühls- und Denkweisen zurückzuführen ist. Bei ausländischen Bevölkerungsgruppen können Generationskonflikte aber auch eine ethnisch-kulturelle Komponente aufweisen. Denn hier treffen nicht nur die unterschiedlichen Generationen mit ihren Erfahrungen und Lebensstilen aufeinander, sondern auch die sich unterscheidenden kulturellen Werte und Normen des jeweiligen Heimatlandes und des Aufnahmelandes.

Ethnisch-kulturelle Konflikte weisen vor allem aufgrund ihrer Motive, Gegenstände und Austragungsformen Besonderheiten auf, stellen aber gleichwohl eine Ausprägung sozialer Konflikte im Allgemeinen dar und müssen – ebenso wie andere Auseinandersetzungen – in größeren gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen gesehen werden. Die Grenzlinien zwischen interkulturellen Konflikten, latenter Fremdenfeindlichkeit und offenem Rassismus sind fließend. Ethnisch-kulturelle Konflikte kommen in einer Einwanderungsgesellschaft wie jener der Bundesrepublik Deutschland vor allem als diskriminierende, ausgrenzende Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheitsgesellschaft einerseits und Migrantinnen und Migranten andererseits vor. Mit Beginn der Arbeitsmig-

ration in den Fünfzigerjahren kam es zu einer an ethnischen Kriterien orientierten Unterschichtung der Gesellschaft durch die ausländischen Arbeitskräfte. Dies bedeutet, dass zwischen Ausländern und Deutschen ein Ungleichheits- und Schichtungsverhältnis besteht und Statuszuweisungen sowie Eingruppierungen auf der Basis ethnischer Zugehörigkeit erfolgen. Im Alltag sind vielfältige Benachteiligungen von Migrantinnen und Migranten zu beobachten: beim Zugang zum Wohnungsmarkt, zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, schulischer und beruflicher Bildung, aber auch durch eher subtile Formen wie die Vermeidung von Kontakt zu Personen, nur weil sie einer bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppe angehören oder zugeordnet werden.

Besonders deutlich und offen ausgetragen werden ethnisch-kulturelle Konflikte häufig unter Jugendlichen. Sich in Cliques organisierende Jugendliche versuchen über die Gruppenzugehörigkeit, ihre Probleme zu verarbeiten und sich eine positive Identität zu geben. Ihr Selbstwertgefühl beziehen sie aus der Zugehörigkeit zur Gruppe und aus der Abgrenzung der Gruppe gegen Andere, oft gegen Fremde und Andersdenkende. Einige Gruppen radikalisieren sich über ihre ethnische Zugehörigkeit, beispielsweise indem sie sich als deutsch definieren und daraus ein Überlegenheitsgefühl entwickeln, das nicht durch persönliche Leistung belegt werden muss. Häufig erheben die Gruppen Anspruch auf öffentliche Plätze wie Bahnhöfe, Sportplätze, Kneipen; Revierkämpfe können ausbrechen.

Verbesserung des Zusammenlebens in benachteiligten Stadtteilen – ein Ziel des Programms „Soziale Stadt“

Zentrales Anliegen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ und damit der Stadtteilentwicklung in benachteiligten Stadtteilen ist, „das eigenständige Stadtleben wieder aufzubauen“.

en, den sozialen Verbund wieder herzustellen, alle vorhandenen örtlichen Potenziale zu stärken und die Bewohner zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. So soll erreicht werden, dass die Stadtteile schrittweise wieder als selbstständige Gemeinwesen funktionieren“ (ARGEBAU, S. 6 f.).

Ziel ist es, die Fähigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil zur Zusammenarbeit und sozialen Vernetzung („Sozialkapital“) zu stärken. Dabei geht es nicht darum, die Zahl und Dichte von Zusammenarbeit und sozialer Vernetzung um ihrer selbst willen zu erhöhen. Vielmehr soll das kooperative Verhalten gewinnbringend sowohl für den Einzelnen als auch für das Gemeinwesen genutzt werden. Es geht darum, eine positive Grundstimmung zu schaffen nach dem Motto: „Mir ist es nicht egal, was aus diesem Stadtteil wird. Ich bleibe hier und tue etwas!“ (Wagner, S. 15). Selbsthilfe und Eigenverantwortung sowie nachbarschaftliche Kontakte und Netzwerke sollen gestärkt werden; damit soll der zunehmenden Abkopplung der Bewohnerinnen und Bewohner von gesellschaftlichen Institutionen wie Familie, Freundeskreis, Verein und Initiative entgegengewirkt werden. Es gilt, das Neben- und Gegeneinander von Bevölkerungsgruppen durch ein Miteinander zu ersetzen.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, sind institutionalisierte Formen der Begegnung und des Austauschs über differierende Lebensentwürfe und Wertvorstellungen hinweg nötig, die helfen, Verständnis füreinander zu wecken, Konflikte abzubauen und im gegenseitigen Interesse zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Die Potenziale zur Zusammenarbeit und sozialen Vernetzung sind auch in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zum Teil beträchtlich. Um sie zu erschließen und zu nutzen,

bedarf es allerdings gezielter Maßnahmen und Projekte im Stadtteil. Dabei lassen sich an einzelnen Orten im Stadtteil anknüpfende Maßnahmen und Projekte sowie stadtteilweite Ansätze zur Verbesserung des Zusammenlebens unterscheiden.

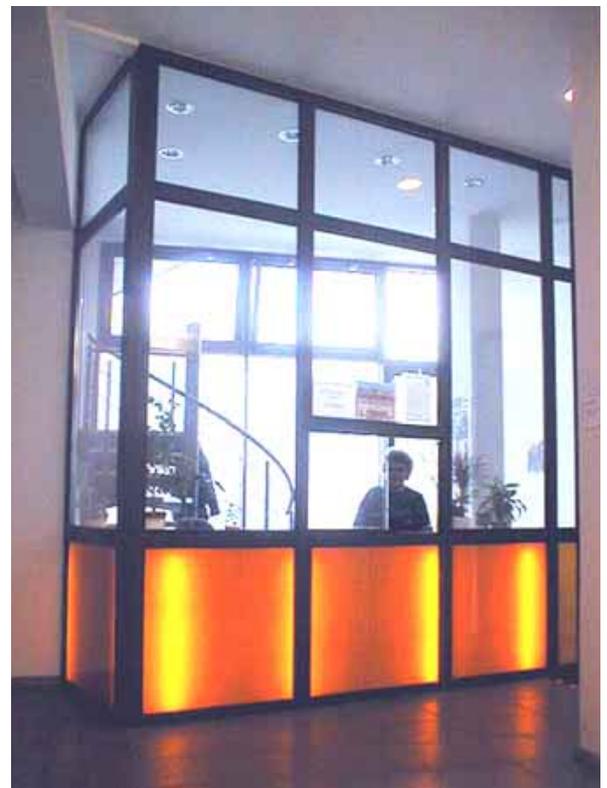
Ansätze zur Verbesserung des Zusammenlebens im Stadtteil

■ Ortsbezogene Maßnahmen und Projekte

Zusammenleben findet an vielen Orten im Stadtteil statt. Unterschieden werden können zum einen eher informelle Orte des Zusammenlebens, wie z.B. das Wohnhaus, das Wohnumfeld, der öffentliche Raum, Läden und gastronomische Einrichtungen, zum anderen stärker formelle Orte des Zusammenlebens, wie z.B. der Arbeitsplatz, die Schule, der Kindergarten, andere soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Vereine und religiöse Institutionen. Dies alles sind Orte, an denen die Quartiersbewohnerinnen und -bewohner sich begegnen, miteinander kommunizieren, an denen auch Konflikte im Zusammenleben entstehen oder zutage treten und ausgetragen werden. Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung des Zusammenlebens im Stadtteil können daher an diesen Orten anknüpfen und hier angesiedelt werden. Sie werden im Folgenden nur einem Ort zugeordnet, auch wenn sie oft gleichzeitig das Zusammenleben an mehreren Orten verbessern.

Wohnhäuser – Zusammenleben auf kleinstem Raum

Das Wohnhaus ist der Ort der größten nachbarschaftlichen Nähe, an dem daher die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens – Miteinander, Nebeneinander, Gegeneinander – besonders deutlich wahrzunehmen sind. Das Spektrum des Zusammenlebens kann von Hausgemeinschaften mit sozialem Netzwerkcharakter über den Gruß im Treppenhaus als alleiniger Form der Kommunikation bis hin zu jahrelangen Streitigkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner über ruhestörenden Lärm und nicht eingehaltene Hausordnungen reichen. Konflikte im Haus entstehen vor allem durch unterschiedliche Verhaltensweisen und Bedürfnisse der Bewohnerschaft. Durch die räumliche Nähe ist das Konfliktpotenzial zwischen den Generationen, zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen sowie zwischen deutschen und ausländischen



Die „Concierge-Loge“ in der Admiralstraße 37 im Modellgebiet Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor findet großen Anklang bei den Bewohnerinnen und Bewohnern. Foto: Ingeborg Beer, Berlin.

Bewohnerinnen und Bewohnern hier besonders groß. Konflikt begünstigend wirken sich dabei nicht ausreichende Wohnungsgrößen und ungünstige Wohnungszuschnitte sowie schlechte und vernachlässigte Bausubstanz aus.

Häufig können Konflikte in Wohnhäusern nicht ohne fremde Hilfe gelöst werden. Aus diesem Grund stellte z.B. die Wohnbau Mainz GmbH für ihre rund 12 800 Mietwohnungen zwei „Konfliktlöser“ ein, deren Aufgabe es ist, Auseinandersetzungen unter der Mieterschaft nachzugehen und mit allen betroffenen Parteien gemeinsam eine Lösung zu finden, die den Frieden im Haus wiederherstellt. Bei Großsiedlungen kann auch die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Nachbarschaftskonflikte sinnvoll sein. Das Anforderungsprofil an Konfliktmanagerinnen und -manager ist dabei sehr vielfältig: sie benötigen kommunikative Fähigkeiten, Sprachkenntnisse, Durchsetzungsfähigkeit, psychologisches Geschick und nicht zuletzt viel Phantasie, um auch noch für die verfahrensten Situationen Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Durch die Einrichtung von Gemeinschafts- und Mehrzweckräumen, wie z.B. Tischtennisraum, Werkraum oder Dachterrasse, können im Haus Möglichkeiten für nachbarschaftliche Kontakte und gemeinschaftliche Aktivitäten geschaffen werden. Auch die Umgestaltung von Eingangs- zu Empfangsbereichen, die tagsüber und abends besetzt sind und in denen Serviceleistungen wie z.B. Paketempfang, Schlüsselaufbewahrung und Kiosk angeboten werden (so genanntes Conciergemodell), kann soziale Kontakte und das Gemeinschaftsgefühl im Haus stärken.

In dem Projekt „Wohnen Plus“ im Lünener Stadtteil Brambauer beispielsweise erstreckt sich die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbaugesellschaft

nicht nur auf die Vermietung, sondern auch auf die aktive Betreuung der Mieterschaft. Gemeinsam mit dem 1994 gegründeten Verein „Glückauf Nachbarschaftshilfe“, der inzwischen 900 Mitglieder zählt, hat die Wohnungsbaugesellschaft in der ehemaligen Bergarbeitersiedlung ein Netzwerk sozialer und kultureller Einrichtungen errichtet und soziale Projekte wie einen Treffpunkt mit Beratungsangeboten vor allem für türkische Familien, eine Vermittlungsstelle für organisierte Nachbarschaftshilfe, eine zentrale Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Senioren, ein Nachbarschaftshaus für Freizeit und private Feiern, eine Sozialstation und Tagespflege, ein Bergarbeiterwohnmuseum sowie Fort- und Weiterbildungsangebote für unterschiedliche Bewohnergruppen geschaffen. Schritt für Schritt ist auf diese Weise innerhalb der Nachbarschaft ein soziales Netzwerk entstanden.

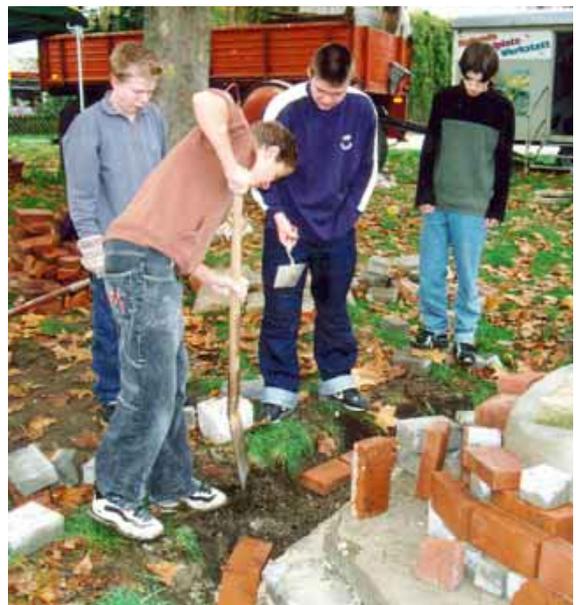
Schließlich sind wohnhauspezifische Belegungskonzepte mit Mieterbeteiligung und Belegungsmanagement geeignete Instrumente, um nachbarschaftliches Wohnen zu fördern. So wurde z.B. im Projekt „Frauenspezifisches generationsübergreifendes Wohnen“ im Martin-Luther-King-Park in Mainz mit einer beteiligungsgetragenen und themenspezifischen Belegung eines Wohnblocks der Aufbau einer entsprechenden Hausgemeinschaft unter Frauen gefördert. Wesentlich dabei war, beim Belegungsmanagement das Interesse an nachbarschaftlichem Wohnen als Vergabekriterium heranzuziehen. Auch bei der sozial orientierten Sanierung des Hochhausquartiers Weingarten-Ost in Freiburg i.Br. ist das Mietermitbe-

stimmungsmodell bei der Neubelegung von Wohnungen ein wichtiger Baustein der Konzeption.

Wohnumfeld und öffentlicher Raum – Orte der täglichen Begegnung

Im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum treffen die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils täglich aufeinander, Gemeinsamkeiten und Unterschiede treten zutage und werden erlebbar. Distanz und Nähe, Ausgrenzung und Vereinnahmung, Diskriminierung und Integration bündeln sich hier. Konflikte können sich durch unterschiedliche Verhaltens- und Nutzungsmuster ergeben.

Bei nutzer- und bedarfsorientierter Gestaltung und einer damit verbesserten Aufenthaltsqualität werden Grün- und Freiflächen möglicherweise zu Orten der Begegnung und Kommunikation. Ihre qualifizierte Gestaltung in



Projekt CAMP („Creative Aktion Melanchthon-Platz“, Nürnberg-Galgenhof/Steinbühl), Planung und Umsetzung mit Jugendlichen. Foto: Barbara Schatz, Amt für Wohnen und Stadterneuerung/Stadt Nürnberg.

Verbindung mit einer sozialen Betreuung kann dazu beitragen, dass sich einander fremd erscheinende Gruppen annähern und gegenseitig akzeptieren. Durch die Mitarbeit von Bewohnerinnen und Bewohnern bei Maßnahmen zur Verbesserung des

Wohnumfelds und des öffentlichen Raums sowohl in der Planung als auch der Realisierung kann die emotionale Bindung der Quartiersbevölkerung an ihr Wohnumfeld und ihren Stadtteil gestärkt werden; gleichzeitig wird Engagement gefördert, und aus Einzelinitiativen können soziale Netze entstehen.

Im Detmolder Stadtteil Hakedahl z.B. ist es gelungen, Planung, Bau und anschließenden Unterhalt einer etwa 50 000 qm großen Freizeitanlage in die Verantwortung eines Bürgervereins zu legen. Dabei verfolgt der Bürgerverein die Ziele, die Fläche zu bewirtschaften, seiner Satzung gemäß das Zusammenleben der unterschiedlichen ethnischen Gruppen im Stadtteil voranzubringen und insbesondere die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf diesen Flächen zu fördern. 60 deutsche und ausländische Familien beteiligen sich an diesem Projekt. Zunehmend übernehmen die Beteiligten auch den Ausbau der weiteren Gemeinschaftsflächen im Stadtteil.

Häufig sind insbesondere öffentliche Grünflächen und Spielplätze aber auch Orte des Vandalismus, d.h. mutwilliger Zerstörungen. Da es sich hierbei überwiegend um ein soziales Problem männlicher Jugendlicher handelt, sind alle Versuche, lediglich die Objekte des Vandalismus wie Tische, Bänke, Papierkörbe oder Spielgeräte zerstörungssicher zu machen, zum Scheitern verurteilt. Vielmehr muss Vandalismus als Hilferuf angesehen werden, mehr betreute Flächen für Jugendliche zu schaffen und diese in soziale Netze einzubinden.

Wesentlich für die Vermeidung von Vandalismusschäden erscheint die Mitwirkung der Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Freiräume, da auf diese Weise ein Verantwortungsgefühl der Nutzer für die neu gestalteten Anlagen und damit eine behutsamere und schonendere Nutzung erwartet werden können.

Läden und gastronomische Einrichtungen als Treffpunkte im Stadtteil

Die Abwanderung mobiler einkommensstarker Bevölkerungsgruppen führt in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zur Abnahme der Kaufkraft und damit zum Rückzug von Gewerbetreibenden. Eine wohnortnahe ausreichende Versorgung mit Läden, privaten Dienstleistungsangeboten und Einrichtungen der Gastronomie ist aber für die Lebensqualität der Quartiersbevölkerung und das Image des Stadtteils wichtig. Stabilisierend wirkt sich hier das wirtschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten aus, die häufig Kleinstunternehmen wie Läden, kleine Handwerksbetriebe, Gaststätten und Imbisse gründen und damit zu einem ortsnahen Angebot und zur Vielfalt des Waren- und Dienstleistungsangebots beitragen. Gleichzeitig dienen diese Kleinstunternehmen der Sicherung des Lebensunterhalts von Migranten und deren Familienangehörigen.

Für die deutsche Bevölkerung ist der Einkauf in ausländischen Läden oder der Besuch ausländischer Lokale inzwischen nichts Neues mehr, allerdings ergeben sich hieraus kaum bessere Kontakte zwischen den deutschen und ausländischen Bevölkerungsgruppen. Vor allem für männliche Migranten bieten Orte wie Kioske, Cafés und Gaststätten aber Möglichkeiten, sich zu treffen und Kontakte, meist allerdings nur innerhalb der eigenen Ethnie, zu knüpfen. Ausländische Frauen nutzen das Einkaufen vor allem in Läden der eigenen Ethnie zur Kontaktaufnahme und auch zur informellen „Beratung“; sie sind aber wegen meist geringer Kenntnisse der deutschen Sprache selten in der Lage, mit anderen als den eigenen Landsleuten ins Gespräch zu kommen.

Um insbesondere ausländischen, aber auch deutschen Frauen Kontakte außerhalb ihrer häuslichen Umgebung zu erleichtern, ist es notwendig, neben den traditionellen alternative Or-

te und Gelegenheiten anzubieten, wo sie sich unter ihresgleichen treffen und ihre Probleme besprechen können. In diesem Zusammenhang bewährt hat sich die Einrichtung von Stadtteilcafés. Im Berliner Stadtteil Schöneberger Norden wurde beispielsweise im Rahmen eines Beschäftigungsprojekts die Initiierung von zwei Frauencafés unterstützt, in denen sich Frauen des christlichen und des islamischen Kulturkreises treffen, um sich auszutauschen, um gemeinsam etwas zu unternehmen und um Neues zu lernen. Wesentlich für den Erfolg solcher Cafés ist, dass für die Kinder der Besucherinnen ein Betreuungs- und Spielangebot besteht.

Kinderbetreuungseinrichtungen – Orte der kulturellen und sozialen Integration

In Kinderbetreuungseinrichtungen lernen Kinder oft zum ersten Mal Kinder aus anderen Ethnien näher kennen, werden ausländische Kinder intensiv mit der deutschen Sprache konfrontiert. Hier kommen deutsche und ausländische Kinder mit anderen Kulturen und Werthaltungen in Berührung. Für viele ausländische Mütter ist der Kindergarten der Ort, an dem sie über ihre Kinder Kontakt zur deutschen Gesellschaft und zu anderen Ethnien aufnehmen. Die Einrichtungen und ihr Personal sind durch den unterschiedlichen kulturellen Hintergrund der Kinder vor die Herausforderung gestellt, geeignete pädagogische Konzepte interkultureller Erziehung zu entwickeln, die sich gleichermaßen an deutsche, nichtdeutsche und binationale Kinder richten und die Aufgeschlossenheit und Unvoreingenommenheit von Kleinkindern gegenüber allem Neuen nutzen. Dies kann nur mit entsprechender Fortbildung des Personals erfolgen. Vor allem sind auch ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzusetzen, da sie über spezielle Kompetenzen wie Mehrsprachigkeit und Erfahrungswissen über Migration sowie die mit die-

ser zusammenhängende Bewältigung von kulturellen Brüchen verfügen. Zudem sind sie geeignete Ansprechpersonen für ausländische Eltern.

Gleichzeitig sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kinderbetreuungseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf häufig mit den Folgen problematischer Familienkonstellationen konfrontiert und müssen die daraus entstehenden Probleme mit bewältigen. Im „Kinderhaus quirl“ in Bremen-Gröpelingen beispielsweise werden interessierte Eltern auf besondere Weise in die konzeptionelle, praktische und gestalterische Arbeit der Betreuungseinrichtung mit Ganztagsplätzen einbezogen: Mehrmals in der Woche kommen Väter und Mütter zusammen mit Geschwistern der Kinderhauskinder in die Einrichtung und werden gemeinsam betreut. Für die Eltern ist eine eigene Kommunikationsecke eingerichtet worden. Die Erzieherinnen beraten die Eltern bei Fragen und Problemen und ziehen auf Wunsch auch andere Einrichtungen zur Lösung hinzu.

Kinderbetreuungseinrichtungen können, wenn sie auch außerhalb der Regelzeiten geöffnet sind, ein zusätzliches Raum-, Freizeit- und Bildungsangebot für die örtliche Bevölkerung bereithalten. Bereits 1995 startete in Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord das Projekt „Öffnung von Tageseinrichtungen für Kinder“. In drei städtischen Tageseinrichtungen wurden zusätzliche Honorarkräfte mit dem Auftrag eingestellt, hier offene Nachbarschaftstreffs einzurichten. In der Folgezeit sind in diesen Treffpunkten zahlreiche bewohnerorientierte Aktivitäten etabliert worden (z.B. Gesprächskreise, Bastelgruppen, Türkischkurse, Tanztreffs usw.), sodass es gelungen ist, die drei Tageseinrichtungen als Orte der Kommunikation und selbstbestimmten Freizeitgestaltung für das nachbarschaftliche Umfeld zu öffnen. In-

zwischen werden die Angebote ohne zusätzliches Personal weitgehend in Eigenregie fortgeführt.

Schulen – Kristallisationspunkte im Stadtteil

Schulen sind Orte, an denen sich die Situation der lokalen Gemeinschaft wie in einem Brennglas fokussiert. Im Schulleben und teilweise auch im Unterricht werden die Vielfalt an Ethnien und Religionen, Familiennotlagen (Langzeitarbeitslosigkeit, Armut), familiäre Erziehungsstile und Bildungsinteressen, gesellschaftliche Isolation von Alleinerziehenden und Randgruppen, Wohnungs- und Drogenprobleme und vieles mehr widergespiegelt und zum Teil auch bearbeitet. Einerseits sind Schulen häufig der einzige Ort, an denen sich Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Schichten und Nationalitäten begegnen und miteinander kommunizieren. Gleichzeitig haben Schulen einen hohen Stellenwert im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Hier werden Kontakte und Freundschaften zu Gleichaltrigen aufgebaut und vielfältige soziale Erfahrungen gesammelt. Für einen Teil der ausländischen

Mädchen ist Schule überhaupt der einzige Ort, um außerhäusliche Kontakte zu bilden und zu pflegen. Andererseits führen die Konzentration der vielfältigen Lebenslagen und deren Aufeinandertreffen in den Schulen häufig zu erheblichen Streitigkeiten und Konflikten.

Um schon im Vorfeld Gewalthandlungen und Gewaltausübung zu unterbinden, wurde in Leipzig ein „Schüler-Schlichter-Modell“ zur Gewaltprävention eingerichtet. Probleme werden durch die Intervention neutraler „Schlichter“, meist Schülerinnen und Schüler, direkt angesprochen. Der oder die „Schlichter“ laden die Konfliktparteien zu einem Schlichtungsgespräch ein, bei dem gemeinsam Lösungen gesucht und dann Schritte zur Beilegung des Konflikts vereinbart werden. Dabei geben „Schlichter“ keine Lösung vor, sie helfen aber den Beteiligten, eigene Lösungen zu erarbeiten. In Nürnberg-Galgenhof/Steinbühl werden Schülerinnen und Schüler einer Hauptschule aus den Jahrgangsstufen 6 bis 8 von einem Ausbildungsteam an zwölf Nachmittagen zum Streitschlichter



Die Evangelische Gesamtschule im Modellgebiet Gelsenkirchen – Bismarck. Diese multikulturelle Schule, 1998 eröffnet, basiert auf einem Konzept, das neueste ökologische Standards ebenso einbezieht wie die Öffnung der Schule für die Stadtteilbevölkerung. Foto: Stadtteilbüro Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord.

ausgebildet. Sie werden kontinuierlich betreut, und es findet ein Erfahrungsaustausch statt. Auf Anregung der Schülerinnen und Schüler wurde in Gemeinschaftsarbeit ein für die Streitschlichtung vorgesehener Raum renoviert, um für die Gespräche eine angenehme Atmosphäre zu schaffen.

Schulen sind also nicht nur ein Ort der Bildung und Wissensvermittlung, sondern in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf auch immer stärker Orte der Auseinandersetzung, Kommunikation, Begegnung und Integration. Sie können und müssen daher zu einem Kristallisationspunkt im Stadtteil werden – und zwar nicht nur für Schülerinnen und Schüler, sondern auch für deren Eltern und für die übrige Einwohnerschaft. Voraussetzung hierfür ist, dass Schule sich öffnet, sowohl für neue Formen und Inhalte des Unterrichts, als auch zum Stadtteil hin, d.h. zur Lebenswelt im Umfeld der Schule sowie für die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen im Stadtteil. Ziel ist es, durch die Öffnung von Schule mehr Chancengleichheit zu erreichen, aber auch einen Ort zu schaffen, an dem (vorurteilsfreies) Zusammenleben im Stadtteil eingeübt und vorgelebt wird. Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ziels sind z.B.: Integrationshilfen für ausländische Schülerinnen und Schüler, Konflikttrainingsangebote, Nutzung der schulischen Räume außerhalb des Schulbetriebs durch Vereine, Initiativen unter anderem für Sport- und Spiel- sowie Bildungs- und Kulturangebote, Nachmittagsbetreuung in den Schulen mit integrierter Elternarbeit, Öffnung des Schulhofs am Nachmittag und am Wochenende, Schulsozialarbeit. Die aufgeführten Maßnahmen machen deutlich, dass die Schulen hierbei auf Kooperation und Unterstützung der Jugendhilfe, sozialer Einrichtungen und der Vereine, die Kinder- und Jugendarbeit leisten, aber vor allem auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Ein Beispiel für die Öffnung von Schule ist die Evangelische Gesamtschule im Gelsenkirchener Stadtteil Bismarck. Diese Schule versteht sich gleichermaßen als Ort der multikulturellen Erziehung wie auch als kulturelles Zentrum und Begegnungsstätte des Stadtteils. Wegen des hohen Ausländeranteils im Stadtteil wurde die Evangelische Gesamtschule als Ganztagschule mit verschiedenen Angeboten von Integrationshilfen für ausländische Schülerinnen und Schüler eingerichtet. Darüber hinaus können Gemeinschaftsräume wie Aula, Turnhalle, Werkstätten und Büros auch außerhalb des Schulbetriebs von Vereinen und Initiativen des Stadtteils genutzt werden.

Zusätzliche soziale und kulturelle Angebote

Die Versorgung mit sozialer und kultureller Infrastruktur in den Kommunen ist weitgehend an Richtwerten orientiert, die kaum die jeweilige soziale und räumliche Struktur im Stadtteil berücksichtigen; dies führt in benachteiligten Gebieten meist zu einem nicht ausreichenden Infrastrukturangebot. Eines der Ziele im Programm „Soziale Stadt“ ist daher die Verbesserung der Infrastruktur im Interesse des sozialen Ausgleichs.

Vor allem in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf werden immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene von den etablierten pädagogischen und sozialen Einrichtungen wie der Schule, der Jugendarbeit der Kirchen, der freien Träger und Vereine, der Berufsberatung nicht mehr erreicht. Hier sind neue Methoden und Konzepte zur sozialen und beruflichen Integration notwendig und vielerorts auch entwickelt worden, wie die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Mai 1999 gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgeschriebenen Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit“ zeigen.

Bis zum Alter von ungefähr zwölf Jahren treten zwischen Kindern unterschiedlicher Nationalität meist keine großen Konflikte auf. Ab diesem Alter ziehen sich die Kinder häufig in Cliquen zurück, Rivalitäten untereinander sind nicht ausgeschlossen. Jugendeinrichtungen werden meist von ausländischen und deutschen Jugendlichen nur dann gemeinsam genutzt, wenn durch den Einsatz besonders geschulter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beide Gruppen angesprochen und intensiv betreut werden. Ausgehend von dem Kultur übergreifenden Interesse an handwerklichen Tätigkeiten und praktischer Arbeit können beispielsweise betreute Bastel-, Reparatur- und Selbsthilfewerkstätten vor allem für männliche Jugendliche ein alternatives Treff- und Aktionsangebot darstellen, das gemeinsam von Deutschen und Ausländern genutzt wird.

Für ausländische Mädchen gilt – spätestens mit Eintritt in die Pubertät – noch mehr als für deutsche, dass sie Angebote, die sich auch an Jungen wenden, nicht nutzen (dürfen). Daher sind spezielle Treff- und Kommunikationsmöglichkeiten nur für Mädchen nötig. Viele Jugendeinrichtungen erfüllen diese Anforderung bereits durch Angebote ausschließlich für Mädchen. Auch interkulturelle Begegnungsstätten und Treffpunkte bieten häufig spezielle Mädchenprojekte an. Aber nicht nur für Jugendliche, sondern generell gibt es bislang nur vereinzelt interkulturell angelegte Infrastrukturangebote im Sozial- und Kulturbereich, die Kommunikation und Begegnung zwischen den ethnischen Gruppen im Stadtteil ermöglichen und fördern. Erlebt und erlernt werden kann interkulturelles Zusammenleben beispielsweise in interkulturellen Begegnungsstätten und -zentren. Sinnvoll ist es, in diesen Einrichtungen Migrantinnen und Migranten auch Angebote zur persönlichen und beruflichen Integration zu bieten. Das Angebot der Interkulturellen Begegnungsstätte „Bayouma-Haus“ in Ber-

lin-Friedrichshain beispielsweise umfasst Sozial-, Rechts-, Gesundheits- und Berufsberatung, Kursangebote für verschiedene Zielgruppen (Deutschkurse, Werkstattangebote, Nähkurse, Integrationskurse), die Initiierung und Begleitung von Selbsthilfegruppen sowie Begleitung und Übersetzung bei Behördengängen. Es hat sich auch bewährt, wenn interkulturelle Einrichtungen andere soziale und kulturelle Einrichtungen und Träger im Stadtteil, z.B. durch Weiterbildungsangebote, im Erwerb interkultureller Kompetenz mit dem Ziel einer stärkeren Partizipation der Migrantinnen und Migranten an ihren Angeboten unterstützen.

Bislang eine Ausnahme stellen generationsübergreifend angelegte soziale und kulturelle Einrichtungen und Angebote dar. Sie sind aber vor dem Hintergrund der häufig in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf auftretenden Generationskonflikte besonders wichtig für ein verbessertes Zusammenleben im Stadtteil. Ein Beispiel für ein generationsübergreifendes Angebot ist das Projekt „Junge Gröpelinger treffen Gröpelinger älterer Generationen“ in Bremen-Gröpelingen. Angesiedelt in einem Nachbarschaftshaus wird jungen und alten Menschen unterschiedlicher Nationalität sinnvolle und kreative gemeinsame Freizeitgestaltung, wie z.B. Computer-, Design-, Tanz- und Zeichengruppen, angeboten. Ziel ist die Schaffung von generationsübergreifenden Kontakten und Freundschaften im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten.

Vereine – stabilisierende Netzwerke im Stadtteil

Vereine sind ein wichtiger Ort des Zusammenlebens: man trifft sich dort, unternimmt gemeinsam etwas und pflegt Geselligkeit. Neben Selbsthilfeinitiativen existiert in der Regel eine Vielzahl deutscher und ausländischer Vereine im Quartier; deutsch-ausländische Vereine dagegen sind eher die Ausnahme. Anders als bei deut-

schen Vereinen beschränken sich ethnische Vereinigungen in ihren Aktivitäten meist nicht auf die Verfolgung eng begrenzter einzelner Interessen. Die meisten der Vereinigungen sind multifunktional und bieten ein breites Spektrum von Leistungen an wie Sozial- und Rechtsberatung, Sprachkurse, berufliche Weiterbildung, Kinderbetreuung, Bereitstellung von Gelegenheiten für soziale Kontakte, für Freizeitaktivitäten, Folkloremusik-, Tanz-, Sport- und Theatergruppen bis hin zur Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit für die Minderheitengruppen. In vielen Städten werden ausländische Vereine gefördert, da sie der Verwaltung als Ansprechpartner dienen und Strukturen zur Bildung informeller solidarischer Netzwerke schaffen, welche die Gruppenidentität, aber auch die Handlungskompetenz der Migrantinnen und Migranten stärken.

Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Nationalität sind am ehesten in Sportvereinen anzutreffen. Hier gelingt die Integration von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher ethnischer Herkunft besonders dann, wenn durch Sport- und Spielfeste, durch Schnupper- und Ferienangebote sowie mit speziell geschulten Übungsleiterinnen und -leitern auf die Kinder und Jugendlichen und ihre Bedürfnisse eingegangen und nicht nur Spiel und Sport organisiert wird, sondern auch eine soziale Betreuung stattfindet. In den Bundesländern werden derartige Angebote von den Landessportbünden unterstützt und finanziell gefördert. Generell können Jugendliche beim Sport wichtige soziale Fähigkeiten wie Fairness und Teamgeist, Eigeninitiative und Übernahme von Verantwortung erwerben und das Miteinander üben. Sport bietet Möglichkeiten für engagierten Einsatz und ist daher gerade für gewaltbereite Jugendliche ein wichtiges Mittel zur Bewältigung von Problemen und zur Stärkung des eigenen Selbstwertgefühls.

Religiöse Einrichtungen – Orte des Dialogs

Die Integration in religiöser Hinsicht verläuft bei der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten vergleichsweise reibungslos, soweit sie der römisch-katholischen oder den orthodoxen Kirchen angehören. Sie gliedern sich unter Beibehaltung ihrer religiösen Besonderheiten und Herkunftsbeziehungen in die bestehenden kirchlichen Strukturen ein, ähnlich wie die jüdischen Migrantinnen und Migranten in die jüdischen Gemeinden. Für die Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens (rund drei Prozent der Gesamtbevölkerung) existieren rund 2 200 meist als eingetragene Vereine organisierte lokale Moscheegemeinden. Der Organisationsgrad von Muslimen wird auf zwölf bis 15 Prozent geschätzt. Konflikte im Zusammenhang mit dem Islam treten vor allem dort auf, wo eine zugewanderte Minderheit sichtbar Präsenz auch in den Lebensbereichen zeigt, in denen sie sich von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet. Hinter diesen Konflikten stehen Vorurteile und Ängste, die nur dann abgebaut werden können, wenn konkretes Wissen über die einzelnen Herkunftsländer und Religionen, ihre Wurzeln und Gemeinsamkeiten vermittelt und ein Dialog zwischen den Kirchen geführt wird.

Dieser Dialog kann z.B. in einer religionsübergreifenden Gesprächsgruppe stattfinden, wie sie sich in Flensburg-Neustadt in Form eines islamisch-evangelischen Gesprächskreises gegründet hat, in dem offen auch über religiöse Differenzen gesprochen wird. Ebenfalls vor dem Hintergrund von Vorurteilen und Stereotypen bezüglich anderer Kulturen und Religionen hat die Stadt Duisburg in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt das Projekt „Verstehen lernen“ im Stadtteil Marxloh begonnen. Dessen Ziel ist es, zu einem offeneren und toleranteren gesellschaftlichen Umgang zwischen unterschiedlichen Kulturen

als einer Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben im Stadtteil beizutragen. Bestandteile dieses Projekts sind unter anderem die Veröffentlichung einer Infobroschüre „Islam in Duisburg“ und die Gründung von Partnerschaften zwischen religiösen Gemeinden. Auch das vom Verein „Institut für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und interreligiöse Arbeit e.V. Mannheim“ getragene Projekt „Offene Moschee“ hat zum Ziel, Vorurteile und Ängste zwischen Christen und Muslimen abzubauen. Dies erfolgt in Form von internationalen Begegnungsseminaren sowie durch interkulturelle und interreligiöse Arbeit mit Jugendlichen in der neu errichteten Moschee. Ein weiterer wichtiger Bestandteil dieses Projekts ist die so genannte Mitfeierzentrale. Christen feiern gemeinsam mit Muslimen z.B. das Fastenbrechen nach dem Ramadan und laden diese wiederum zu christlichen, aber auch weltlichen Festen ein.

■ **Stadtteilweite Ansätze zur Verbesserung des Zusammenlebens**

Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft

Gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sind viele Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Alltagsproblemen so sehr beschäftigt, dass sie für stadtteilbezogene Themen und Initiativen wenig Engagement zeigen. Für einen großen Teil der Migrantinnen und Migranten kommt erschwerend die Sprachbarriere hinzu. Sollen aber ein eigenständiges Stadtleben aufgebaut und das Miteinander der Bevölkerungsgruppen gefördert werden, müssen die Bewohnerinnen und Bewohner angesprochen und motiviert werden, in Initiativen, Vereinen und Netzwerken mitzuwirken. Wichtig ist dabei, die Bewohnerinnen und Bewohner an ihren gewohnten Orten und Treffpunkten aufzusuchen und „abzuholen“ – dazu gehört selbstverständlich, sie in ihrer eigenen Sprache

anzusprechen. Dies gilt vor allem für Migrantinnen und Migranten sowie für Jugendliche. Darüber hinaus fördern Themen- und Situationsbezogenheit gesellschaftliches Engagement.

Das Instrument zur Aktivierung der Quartiersbevölkerung als der notwendigen Voraussetzung für deren Beteiligung am Stadtleben ist das Quartiermanagement. Geeignete Aktivierungs- und Beteiligungstechniken sind unter anderem: aktivierende Befragungen, aufsuchende Arbeit, Stadteinfeste, mehrsprachige Stadteinfestungen, Bewohnerarbeitsgruppen, Runde Tische, Stadteinfestungen. Aktivierung und Beteiligung bedürfen unterstützender Rahmenbedingungen „von oben“, indem in Teilbereichen Entscheidungsbefugnisse und Ressourcen dezentralisiert werden und die Bewohnerschaft so den nötigen Freiraum für ihre Aktivitäten erhält.

Vermittlung von Sprachkompetenz

Um bei Migrantinnen und Migranten die „Sprachlosigkeit“, welche die interkulturelle Verständigung als Voraussetzung des Zusammenlebens behindert, abzubauen, bedarf es der Vermittlung von Sprachkompetenz. Wichtig erscheint dabei, niedrigschwellige Sprachkurse im Stadtteil anzubieten, die sich an der Lebenswelt der Zugewanderten orientieren. Daher reichen die herkömmlichen Angebote z.B. an Volkshochschulen und Sprachschulen nicht aus. In Nürnberg-Galgenhof/Steinbühl gibt es beispielsweise das Projekt „Mama lernt Deutsch“ an einer Grundschule mit hohem Ausländeranteil. Hier erhalten Mütter von Schülerinnen und Schülern zweimal in der Woche zwei Stunden Deutschunterricht, ihre Kinder werden während dieser Zeit betreut. Ein Projekt in Gelsenkirchen dient der Sprachförderung für türkische Kinder an Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Dazu wurden, finanziert über das Stadtteilprogramm, zusätzliche türkische Er-

zieherinnen und Lehrerinnen eingestellt. Das Projekt wurde mittlerweile auf alle städtischen Kindertageseinrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern nicht-deutscher Herkunft ausgeweitet.

Stabilisierung und Aufbau sozialer Netzwerke im Stadtteil

Trotz eines zunehmenden Individualismus und sinkenden Interesses am Gemeinwohl gibt es in vielen Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf eine Vielzahl sozialer Netzwerke informeller und formeller Art, die zentrale Bedeutung für das Zusammenleben im Stadtteil haben. Diese Netzwerke sind zu stabilisieren, durch neue zu ergänzen und miteinander zu verknüpfen. Hierfür müssen die lokalen Akteure miteinander Kontakt aufnehmen und kooperieren. Als geeignete Instrumente für die Vernetzung haben sich unter anderem Stadteinfestungen, Foren und Arbeitskreise im Stadtteil sowie Stadteinfestbüros, aber auch Stadteinfeste bewährt.

Für die Festigung der Kooperationsbeziehungen im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord wurde der Dachverein „Forum 2000 Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord e.V.“ gegründet, der im Jahr 2000 aus dem informellen Netzwerk „Forum der Vereine“ hervorgegangen war und dem bis Februar 2001 bereits 22 Vereine beigetreten waren. Hauptziel des Forums: die Zusammenarbeit der örtlichen Vereine und Initiativen langfristig zu sichern und auszubauen. Zu den Aufgaben des Forums gehört es, stadtteilbezogene Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen, die örtlichen Vereine, Initiativen und Bewohnergruppen zu vernetzen und die Interessen der beiden Ortsteile in die Öffentlichkeit zu transportieren und gegenüber der Stadt aktiv zu vertreten.

Im Berliner Stadtteil Schöneberg entstand, initiiert durch die dortige Aus-

länderbeauftragte, die Vernetzung der Schöneberger Immigrant*inneninitiativen und -projekte zu der „Schöneberger Arbeitsgemeinschaft der Immigrant*innen- und Flüchtlingsprojekte“ (SAGIF). Diese Arbeitsgemeinschaft entwickelt Perspektiven und Handlungsstrategien zu immigrantenspezifischen Themenkomplexen für den Stadtteil; sie plant und führt gemeinsame Aktionen durch wie z.B. den Jugendhilfetag, Informationsveranstaltungen zu ethnischen Minderheiten, interkulturelle Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Polizei, interkulturelle Literaturabende und interreligiöse Veranstaltungen.

Präventionsarbeit

Häufig erzeugen in benachteiligten Stadtteilen Gewaltdelikte, Kleinkriminalität und Drogenhandel ein Gefühl von Unsicherheit und Bedrohung. Ordnungspolitische Maßnahmen sowie verstärkte Präsenz der Polizei reichen allein nicht aus, wenn langfristige Erfolge im Kampf gegen Gewalt und Kriminalität erzielt werden sollen. Erforderlich ist ein koordiniertes Vorgehen gegen deren vielfältige und komplexe Ursachen sowie gegen die sie begünstigenden Bedingungen. Die entsprechende Präventionsarbeit kann nicht nur von einzelnen Institutionen

wie Polizei, Justiz, Schulen, Jugendämtern oder Sozialverwaltungen geleistet werden; mit einbezogen werden müssen unter anderem die vielen engagierten Verbände und Vereine, aber auch Eltern. Erforderlich ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens; staatliche, gesellschaftliche und private Kapazitäten sind miteinander zu vernetzen. In vielen Kommunen sind daher interdisziplinäre Präventionsräte eingerichtet worden, die häufig auch in die Stadtteilarbeit eingebunden sind. In einigen benachteiligten Stadtteilen gibt es auch bereits umfassende Präventionskonzepte.

Im Hammer Norden hat sich 1992 ein Präventivkreis gegründet, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen, Vereinen und Verbänden, Kindergärten und Schulen, der Polizei, der Landesentwicklungsgesellschaft Wohnen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugend-, Sozial- und Planungsamtes sowie Politikerinnen und Politiker mitwirken. Der Präventivrat hat ein Konzept zur Verbesserung der sozialen Situation im Stadtteil erarbeitet; ihm ist auch zu verdanken, dass vor Ort ein Stadtteilbüro eingerichtet wurde, das die Verbesserungsmaßnahmen aktiv begleitet.

Die einzelnen Maßnahmen zur Prävention müssen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen, ineinander greifen und sich möglichst gegenseitig positiv verstärken. Aufsuchende Sozialarbeit sowie Freizeit- und Sportangebote für Kinder und Jugendliche im Stadtteil gehören ebenso dazu wie Maßnahmen zur Integration ausländischer Bewohnerinnen und Bewohner sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche.

Als Präventionsmaßnahme wurde beispielsweise im Schweriner Stadtteil Mueßer Holz ein pädagogisch betreuter Bau- und Abenteuerspielplatz eröffnet. Dort können Kinder und Jugendliche an drei Tagen in der Woche Hütten bauen und wieder abreißen. Auf dem Bauspielplatz werden Konflikte in gemeinsamen Gesprächen ohne Gewalt ausgetragen; eine durch Jugendliche errichtete überdachte Sitzgruppe rund um einen Feuerplatz dient als Kommunikationsort. In Stralsund führt die Polizei, finanziert durch den „Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention in Stralsund e.V.“, kostenlos „Mädchenbehauptungskurse“ („Mädchen zeigen Stärke“) durch. In den vierwöchigen Kursen lernen Mädchen einfache Verteidigungstechniken. Ein ähnliches Angebot besteht in Stralsund auch für Seniorinnen und Senioren.

Ein wichtiger Baustein stadtteilbezogener Präventionskonzepte kann auch die Einrichtung von so genannten Stadtteilvermittlern zur Konfliktbewältigung sein. Die Stadtverwaltung Frankfurt am Main zum Beispiel hat rund 50 Stadtteilvermittlerinnen und -vermittler mit unterschiedlichen Muttersprachen und guten Deutschkenntnissen ausgesucht und geschult. Deren Einsatz erfolgt auf Veranlassung des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten, von dem sie auch mittels Supervision begleitet werden. Ihre Aufgabe besteht in der Kontaktaufnahme mit den Konfliktpersonen, der



Eröffnung des Bauspielplatzes Mueßer Holz, Schwerin. Foto: Jürgen Wörenkämper, Schwerin.

Situationsanalyse und der Vermittlung in Form einer Vereinbarung.

Fazit

Das Zusammenleben in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf wird häufig durch ein Nebeneinander und Gegeneinander unterschiedlicher sozialer und ethnischer Bevölkerungsgruppen erschwert. Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist es, die Fähigkeit der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner zur sozialen Vernetzung und Zusammenarbeit, also zu einem Miteinander, zu stärken. Die Potenziale hierfür sind in den benachteiligten Stadtteilen zum Teil beträchtlich; sie können durch ortsbezogene wie stadtteilweite Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung des Zusammenlebens erschlossen werden.

Als schwierig erweist sich dabei häufig die Einbeziehung von ausländischen Bevölkerungsgruppen; dort ist zwar durchaus soziales Engagement vorhanden, dies wird aber überwiegend allein innerhalb der eigenen Ethnie eingesetzt. Gründe hierfür dürften unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der Struktur der bundesrepublikanischen Gesellschaft und deren Organisation des Alltagslebens sein. Diese zu verbessern ist ebenso wichtig wie die direkte Ansprache der Migrantinnen und Migranten durch Landsleute. Aber auch Teile der deutschen Bevölkerung sind nur schwer zu erreichen und zu motivieren. Hier helfen direktes Aufsuchen und Ansprechen an gewohnten Orten und Treffpunkten sowie die Einrichtung zusätzlicher niedrigschwelliger Angebote zur Begegnung und Kommunikation im Stadtteil.

Aufgrund der in der Regel hohen Fluktuation in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf besteht einerseits die Gefahr, dass die geschaffenen Strukturen nur vorübergehend bleiben und nicht nachhaltig wirken. Andererseits können diese

Strukturen sehr wohl dazu beitragen, Wanderungsbewegungen zuungunsten des Stadtteils aufzuhalten. Dazu bedarf es allerdings der kontinuierlichen Aktivierung sowie der Pflege der Zusammenarbeit und sozialen Vernetzung im Stadtteil.

- Christa Böhme und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Difu

Literatur

- Albers, Georg, Ethno-soziale Konflikte in Deutschland, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 3/4 (2000), S. 24-29.
- ARGEBAU (Hrsg.), Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, 2. Fassung, Stand: 1.3.2000, in: Wohnungspolitische Informationen, Beilage, H. 13 (2000), S. 5-13.
- Bbeauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin und Bonn 2000.
- Berding, Ulrich, Lebensraum gestalten, in: betrifft, H. 3 (1998).
- Europabüro für Projektbegleitung GmbH (Hrsg.), Xenos. Leben und arbeiten in Vielfalt, Bonn o.J.
- Fuchs-Heinritz, Werner, und andere, Lexikon zur Soziologie, 3. Aufl. Opladen 1994.
- Grimm, Jürgen, Detmold-Hakedahl: „Unser Dorf soll schöner werden“. Ein Stadtteil mit Migranten wird aktiv, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Quergedacht – Selbstgemacht. Integrierte Handlungsansätze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, 2000, S. 21-30.
- Gugel, Günther, Ausländer – Aussiedler – Übersiedler. Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Verein der Friedenspädagogik Tübingen e.V. (Hrsg.), Materialien zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Band 2, 1990.
- Haar, Regine von der, Vandalismus auf öffentlichen Grünflächen, in: Stadt und Grün, H. 11 (2001), S. 749-751.
- Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel, Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H. 1 (2001), S. 68-79.

Häußermann, Hartmut, Aufwachsen im Ghetto?, in: Diskurs, H. 1 (2000), S. 75-81.

Häußermann, Hartmut, Die Krise der „sozialen Stadt“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11 (2000), S. 13-21.

Hartel, Ingo, Links wohnt Ismael ... und rechts der Gerd, in: betrifft, H. 3 (1998), S. 10-11.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd. I, Frankfurt/M. 1997.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd. II, Frankfurt/M. 1997.

Hillmann, Karl-Heinz, Wörterbuch der Soziologie, 4. Aufl. Stuttgart 1994.

Hollander, A.N.J. den, Der „Kulturkonflikt“ als soziologischer Begriff und Erscheinung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1 (1955), S. 161-187.

Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (Hrsg.), Rechte Gewalt in Wohngebieten, Dokumentation eines Workshops am 5. April 2001, Frankfurt (Oder) 2001.

Krummacker, Michael, Zur Partizipation von Migranten als Ressource nachhaltiger Stadtentwicklung, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 3-4 (1998), S. 16-21.

Mannheim, Karl, Das Problem der Generationen, in: Ludwig von Friedeburg (Hrsg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, 8. Aufl. Köln 1976, S. 23-49.

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Ressortübergreifendes Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, 2. Aufl. Düsseldorf 1998.

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Intakte Stadtquartiere. Maßnahmenkatalog zur Beseitigung und Vermeidung sozialer Fehlentwicklungen. Überblick mit Beispielen aus der Praxis, Stand: 01.10.1999.

Renner, Mechthild, und Uwe-Jens Walther, Perspektiven einer sozialen Stadtentwicklung, in: Raumforschung und Raumordnung, H. 4 (2000), S. 326-336.

Soziale Stadt – eine Stadt für alle

Barrierefreiheit planen und gestalten

Schnur, Olaf, Lokales Sozialkapital – Eine unterschätzte Ressource im Kiez. Empirische Befunde aus Berlin-Moabit, in: vhw, H. 4 (2001), S. 187-190.

Scholz, Carola, Die Rückkehr des Sozialen? Programm „Soziale Stadt“ regt Konzepte quartiersbezogener Revitalisierung an, in: Alternative Kommunalpolitik, H. 6 (1999), S. 34-37.

Schreiber, Elke, und Kerstin Schreier (Hrsg.), Praxismodelle zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen. Die Preisträger des Wettbewerbs „Fit für Leben und Arbeit“, München und Leipzig 2000.

Schwamen, Heiner van, Infra-West-Stadteilerneuerung. Kooperationsfeld für Schule und Stadtteil/Ratingen-West, in: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Quergedacht – Selbstgemacht. Integrierte Handlungsansätze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, 2000, S. 44-48.

Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Generationenkonflikt und Generationenbündnis in der Bürgergesellschaft, Stuttgart 1999.

Trösch, Regina, Das Projekt „Offene Moshchee“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Integration von Ausländern. Beispiele vor Ort, Sankt Augustin, Februar 2001, S. 48-55.

Wagner, Eugen, Das Programm „Soziale Stadt“ als wichtiges Element der Stadterneuerungspolitik, in: Deutsches Institut für Urbanistik, Dokumentation der Starterkonferenz 1. und 2. März 2000, Berlin, Berlin Mai 2000, S. 11-18 (Arbeitspapier zum Programm Soziale Stadt, Bd. 4).

Wallacher, Johannes, Das soziale Kapital, in: Stimmen der Zeit, H. 5 (2001), S. 306-318.

Wenn der Nachbar ständig Ärger macht..., in: rheinland-pfalz, H. 6 (1999), S. 60-62.

Wolf-Almanasreh, Rosi, Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten – ein Beispiel aus der Stadt Frankfurt am Main, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, H. 5 (1999), S. 222-228.

Barrierefreiheit wird bisher noch zu selten als ein Aspekt nachhaltiger Entwicklung wahrgenommen. Zur Verbesserung der Lebens- und Standortqualität gehört aber auch, Städte und Regionen generations- und behinderungsübergreifend zu entwickeln, sodass dort unabhängig vom Alter und der Behinderung selbständig und selbstbestimmt gelebt werden kann. Planen, Bauen und Design *für alle* sichert in klassischer Weise Nachhaltigkeit: es schont die Ressourcen, ist wirtschaftlich und sozial.

Die demografische Entwicklung geht längerfristig hin zu einer immer älter werdenden Bevölkerung. Die Anzahl der über 60-Jährigen wird in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von jetzt 18 Millionen auf über 26 Millionen im Jahr 2030 steigen. Darauf müssen sich Stadtplanung und Stadtentwicklung, aber auch Wohnungsbaugesellschaften, Anbieter touristischer Leistungen und andere einstellen. Dabei sollten eine vorausschauende Planung und die Suche nach intelligenten und flexiblen Lösungen selbstverständlich sein.

Barrierefreies Bauen und Gestalten heißt Bauen *für alle*, unabhängig von Alter oder Behinderung. Barrierefreies Bauen ist demnach ein generationsübergreifendes und flexibles Bauen. Es erhöht die Nutzbarkeit der jeweiligen Einrichtungen, Straßen, Wege oder Plätze für alle, die stets oder auch nur zeitweilig in ihrer Mobilität eingeschränkt sind – für die Frau mit Gips am Bein nach dem Skiunfall oder mit dem Kinderwagen, den Mann im Rollstuhl oder mit Gehhilfen, die Reisende mit zwei Koffern oder den Senior, der z.B. die Stufen nicht mehr bzw. das Kind, das die Stufen noch nicht schafft. Medizinische Forschung auf der einen und

technische Entwicklung auf der anderen Seite haben die Voraussetzungen für gute Lebensmöglichkeiten und eine hohe Lebenserwartung geschaffen, doch Stadtentwicklung, Architektur, Bauplanung und -ausführung haben sich auf diese absehbare Entwicklung bisher nur unzureichend eingestellt.

Alle Menschen, unabhängig von Alter und zeitweilig oder ständig eingeschränkter Mobilität, wollen aber ihren Lebensraum zweckentsprechend und selbständig nutzen können. Eine der Voraussetzungen dafür ist die barrierefreie Gestaltung von Wohnungen und Wohnumfeld.

Aktuelles Thema der Stadtentwicklung auch in Berlin ist die Entwicklung im Innenraum der großen Städte. Der pflegliche Umgang mit der vorhandenen Substanz und ihre Anpassung an zeitgenössische Bedürfnisse zählen zu den allgemein anerkannten Forderungen. Barrierefreies Umgestalten bestehender Einrichtungen, im öffentlichen Raum und bei Wohnungen ist dabei wichtig und machbar.

Generell sollte es selbstverständlich werden, überall dort, wo öffentliche Mittel in die Stadt- und Regionalentwicklung fließen, auf barrierefreie Lösungen zu achten – bei öffentlichen Einrichtungen, Plätzen und Wohnungen. Bau- und Handwerksbetriebe müssen zum barrierefreien Planen und Gestalten befähigt werden. Das sichert auch Arbeitsplätze in einem wachsenden Geschäftsfeld.

■ Dr. Irina Pfütenreuter, MOVADO e.V. – Mobilität für alle! Mobility for all!, Projekt Barrierefreies Berlin Langhansstraße 64, 13086 Berlin Telefon: 030/471 30 22 Telefax: 030/473 11 11 E-Mail: info@movado.de Internet: www.movado.de/